

Schutz und zur Förderung der Regionalsprachen umzusetzen. NRW hat in der Folge Teil 2 der Charta ratifiziert – mein Kollege Andreas Bialas hat es eben schon gesagt – und damit auch allgemeine Grundsätze und Ziele formuliert.

Mit der Unterzeichnung dieser Sprachencharta haben wir uns dazu verpflichtet, die Wünsche und die Bedürfnisse der Sprachgruppen bei unserer Arbeit zu berücksichtigen. Wir sind der Meinung, lieber Herr Rehbaum, dass Kaffee und Kuchen dafür nicht unbedingt reichen. Deshalb hat die Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle für Niederdeutsch eingerichtet, die sich regelmäßig trifft und zu der Vertreter des Niederdeutschen und die fachlich beteiligten Ressorts auch entsprechend eingeladen werden.

Wir kommen damit den Verpflichtungen aus Teil 2 der Charta nach, zu der wir uns – das möchte ich auch noch einmal betonen – ausdrücklich bekennen.

Andere Länder – sie haben es angesprochen – wie Schleswig-Holstein haben in der Tat einen solchen Beirat eingerichtet, wie Sie ihn vorschlagen. Dort ist er allerdings ein Instrument der parlamentarischen Arbeit und beim Landtag selbst angesiedelt. Es bleibt Ihnen natürlich unbenommen, einen solchen Beirat beim Landtag direkt einzurichten. Meiner Meinung nach wäre dafür allerdings der heutige Antrag nicht notwendig gewesen. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns da noch einmal weiter beraten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Henning Rehbaum [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wie ich höre, haben sich die Fraktionen im Verlauf der Debatte darauf verständigt, den Antrag nicht, wie ursprünglich vorgesehen, heute direkt abzustimmen, sondern an den Kulturausschuss zu überweisen mit der Maßgabe, dass die weitere Beratung und die abschließende Abstimmung dort in öffentlicher Sitzung erfolgen soll. – Ich sehe allseits keinen Widerspruch.

Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren. Der **Antrag Drucksache 16/11433 ist an den Kulturausschuss überwiesen.**

Ich rufe auf:

11 Das nordrhein-westfälische Parlament braucht eine fortschrittliche Debattenkultur, die den Erwartungen der Gesellschaft folgt

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11689

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Piratenfraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Bayer das Wort. Bitte schön.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich heute speziell an Sie persönlich wenden –

(Zuruf von der SPD: An wen wenden Sie sich denn sonst?)

auch wenn natürlich Zuschauer per Stream zusehen; bestimmt nicht weniger –, aber genau Sie – diejenigen, die da sind – sind mir hier besonders wichtig. Es ist ein Zeichen der Höflichkeit, alle anzusprechen und wichtig zu nehmen, die zuhören. Aber gerade jetzt ist es mir besonders wichtig, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einsteigen und mit uns die Debatte ernsthaft und offen führen.

Diesen Diskurs brauchen wir nämlich nicht nur in einem kleinen, fokussierten Kreis, wenn einmal die Geschäftsordnung geändert werden soll oder wenn, wie aktuell im Bundestag, eklatante Mängel im Parlamentsalltag sichtbar werden, sondern mitten unter uns, auch hier im Plenum und im Hauptausschuss – eigentlich ständig. Wir kommen im Parlamentsalltag dazu ja leider viel zu selten, fast nie. Heute ist der richtige Zeitpunkt.

2012 fragten wir Piraten uns in den Parlamenten und in Blogbeiträgen, wie wir Debattenkultur gestalten müssen und wie wir sie verändern können. Wir wissen inzwischen, dass die sukzessive Arbeit an Veränderungen gerade bei gegenläufigen Tendenzen wichtig und dennoch wirksam ist, aber sehr lange dauert und eine gewisse Unnachgiebigkeit erfordert – gerade dann, wenn es nervig wird.

Sie, liebe Abgeordnete, in Ihrem Alltag zu nerven, erfüllt einen Brecht'schen Zweck und soll zum Nachdenken anregen. Wir dürfen nicht unüberlegt zur Brechstange übergehen, die dann ja oft bricht, anstatt zu verändern. Denn selbst, wenn uns alles logisch erscheint: Solange die Intention nicht erkennbar ist, ist das schlecht. Wir wollen ja nicht stören um des Störens willens; darauf lege ich großen Wert.

Ein Gutachten des Präsidiums, welches genau diese Unterscheidung macht, bot den Anlass für diesen Antrag. Zugegeben: Anfangs war ich geschockt – nicht nur darüber, dass mich Vizepräsident Keymis am 4. Dezember mit einem Hinweis auf Weimar unterbrach. Das Gutachten sollte ausdrücklich mit Bezügen zur historischen Entwicklung arbeiten, und durch die historische Gegenüberstellung im Gutachten wird meine Rede in den Kontext der Reden von

Vertretern der NPD, KPD und NSDPA – unter anderem Joseph Goebbels – gerückt. Die sich dadurch ergebende implizite persönliche Unterstellung weise ich entschieden zurück.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Gutachten weist darauf hin, dass die Intention entscheidend ist. Wir streben jedenfalls keine Strategie des Sand-ins-Getriebe-Streuens oder des Zusammenbruchs der Kommunikationsstrategien an wie die NSDAP. Wir möchten das Volk nicht vom Parlament entfernen, und wir brechen nicht die Regeln, einfach um zu polarisieren. Im Gegenteil: Wir wollen die Regeln nachhaltig mit Ihnen gemeinsam ändern und tun dies. Wir sind nicht gegen, sondern für den Parlamentarismus. Abschaffen wollen wir die Politikverdrossenheit.

Achten Sie darauf. Denn ein Aufbau von Hürden und ein Abbau von Beteiligung – auch im Parlament – trifft immer die Demokratie, aber selten diejenigen, die nur stören wollen; das schaffen die nämlich auch so – während funktionierende demokratische Prozesse im Zweifel nur sehr schwer wieder herzurichten sind. Dies gilt vor allem dann, wenn man die Macht über die Prozesse vielleicht sogar verloren hat.

Wir arbeiten hier an einer Weiterentwicklung und damit an einer Stärkung des Parlamentarismus und der Demokratie: mehr Bürgerbeteiligung, Streaming, Offenheit. Das Gutachten spricht dabei von „Errungenschaften“. Ich freue mich über das Gutachten, weil es zeigt, dass sich der Parlamentarismus ändern kann und weiter verändern muss und dass das ein guter Prozess ist, den Piraten wieder neu angestoßen und Abgeordnete anderer Fraktionen aufgenommen haben.

Für mich ist es ein Zeichen der Höflichkeit, alle anzusprechen und wichtig zu nehmen, die zuhören. Lassen Sie uns gemeinsam die Geschichte des Parlamentarismus weiterschreiben. – Vielen Dank. Vielen Dank auch fürs Zuhören.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Bayer. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Bovermann das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Ernst Fraenkel, einem der Gründungsväter der Politikwissenschaft nach 1945, stammen die Worte, das Kritikwürdigste am bundesdeutschen Parlamentarismus sei die an ihm geübte Kritik.

Der Antrag der Piraten liefert einen erneuten Beweis für diese Aussage. Dabei ist das Thema an sich wichtig. Ich bin den Piraten durchaus dankbar, dass wir

heute über das Thema „Debattenkultur“ im engeren Sinne und „Parlamentskultur“ im weiteren Sinn diskutieren. Allerdings ist der Inhalt Ihres vorgelegten Antrages nicht geeignet, hierzu einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Im ersten Teil des Piratenantrages geht es um die direkte Ansprache der Zuhörerinnen und Zuhörer durch Abgeordnete in Plenardebatten. Zunächst könnte man die Frage stellen, ob Abgeordnete die Besucher auf der Tribüne begrüßen oder anreden dürfen, ob das nicht eine Nebensächlichkeit sei. Dahinter steht aber die grundsätzliche Frage nach der Öffentlichkeitsfunktion des Landtages im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie: Wer ist der Adressat von Plenarreden? Welchen Zweck verfolgen Plenarreden?

Dazu hat das Präsidium das gerade schon angesprochene Gutachten in Auftrag gegeben, das zu dem Ergebnis kommt – ich zitiere –:

„Das Plenum bietet das Forum, um die Gründe für die jeweilige Entscheidung öffentlichkeitswirksam darzustellen. ... Die Debatte dient so der Legitimation und stellt Verantwortung her.“

Damit ist die Funktionslogik der Plenardebatte in einer parlamentarischen Demokratie korrekt beschrieben. Die Öffentlichkeit ist zwar Adressat; aber es findet kein öffentlicher Diskurs zwischen Publikum und Parlament statt.

Unter juristischen Aspekten ist die Regel der Nichtansprache der Zuhörerinnen und Zuhörer Teil des Gewohnheitsrechtes. Wird sie nicht eingehalten und ist damit sogar ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie verbunden – wie in der Endphase der Weimarer Republik durch Mitglieder der NSDAP oder auch heute noch durch Vertreter ihrer Nachfolgeparteien –, so liegen eine Verletzung der Würde des Parlaments und ein Verstoß gegen die parlamentarische Ordnung vor.

Die Piraten weisen zu Recht in ihrem Antrag darauf hin, dass diese Regel dem Wandel unterliegt. In der Tat hält sich inzwischen ein Teil der Abgeordneten aus unterschiedlichen Fraktionen nicht mehr an diese Regel und begrüßt die Besucher auf der Tribüne und im weltweiten Netz. Dieses kann ein kleiner Schritt zur Verbesserung der Debattenkultur sein.

So weit, so gut. Hier hätte der Antrag der Fraktion der Piraten enden können. Das wäre auch besser gewesen. Er tut es aber nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der zweiten Seite mit Zeile 18 beginnt ein neuer Teil des Antrags. Statt um die Debattenkultur geht es nun um die Parlamentskultur insgesamt. Wer sich die Mühe einer semantischen Analyse macht, stößt auf folgende Topoi: Showdebatten, weder ergebnisoffen noch transparent; an Sachfragen vorbei-

gehende Parteipolitik; Fraktionszwang, nichtöffentliche und inoffizielle Treffen; Entscheidungen, die von Regierungsfractionen lediglich exekutiert werden; Kultur der Mittelmäßigkeit; elitäre Positionen; singuläre Partikularinteressen; usw.

(Zuruf von den PIRATEN: Alles richtig! – Beifall von den PIRATEN)

Hierbei, liebe Piratinnen und Piraten, handelt sich um die bekannten Standardformen der Parlamentarismuskritik, die in vielfacher Form, mal von rechts, mal von links vorgetragen, den modernen Parlamentarismus seit seiner Entstehung begleiten. Sie sagen wenig über die Realität des politischen Systems aus, dafür umso mehr über das Parlamentsverständnis derjenigen, die diesen Antrag geschrieben haben.

(Beifall von der SPD)

Die Pauschalkritik basiert auf einem rückwärtsgerichteten, romantisch-idealistischen Verständnis. In der angeblich goldenen Zeit des Frühparlamentarismus waren die Abgeordneten zumeist Honoratioren, die für die Politik, nicht von der Politik lebten. Parteien und Fraktionen gab es noch nicht. Das Parlament war ein Redeparlament, das gegenüber dem Monarchen wenig zu entscheiden hatte. Es ist doch ganz offensichtlich, dass diese Merkmale mit der gegenwärtigen Form der parlamentarischen Demokratie nichts mehr zu tun haben.

Nun berufen sich die Piraten in ihrem Antrag zur Rechtfertigung ihrer Kritik immer wieder auf die sogenannten Erwartungen der Gesellschaft und die gesellschaftlichen Entwicklungen.

Doch was sind nun diese Erwartungen der Gesellschaft an den Parlamentarismus? Dank der empirischen Untersuchung des Dresdner Politikwissenschaftlers Werner Patzelt wissen wir, dass der Kenntnisstand der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Funktionsprinzipien der parlamentarischen Demokratie relativ gering ist. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass die Abgeordneten unabhängig und ohne Fraktionsbindung in rhetorisch brillanter Form und lebendiger Debatte nach sachgerechten Lösungen suchen.

Dem widerspricht die parlamentarische Alltagswirklichkeit eines Arbeitsparlaments mit notwendiger Reglementierung und Formalisierung der Entscheidungsabläufe. Hier ist das Plenum nicht Ort der Diskussion, sondern der Proklamation.

Halten wir also fest: Die Praxis entspricht der Funktionsweise einer parlamentarischen Demokratie. Doch diese Funktionslogik entspricht nicht den Vorstellungen vieler Bürgerinnen und Bürger und offensichtlich auch nicht denen der Piratenfraktion. Wir haben es also nicht mit Funktionsmängeln des Systems zu tun, sondern mit Defiziten im Verständnis der Funktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist zu tun? Werner Patzelt sprach von einem latenten Verfassungskonflikt zwischen Verfassungsstruktur und populärem Verständnis, das es aufzulösen gilt. Hier hätte ich mir im dritten Teil Ihres Antrages, liebe Piratinnen und Piraten, mehr gewünscht als die dort vorzufindenden Schlagworte Offenheit, Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Ehrlichkeit. Überhaupt: Ehrlichkeit? Was soll damit gemeint sein?

(Kai Schmalenbach [PIRATEN: Das Ihnen das nicht klar ist, wissen wir auch!])

Wollen Sie unterstellen, dass das gegenwärtige System ein unehrliches System sei? Hier hätte ich mir gerade von den Piraten gewünscht, dass sie die Chancen, aber auch die Risiken der digitalen Demokratie intensiver ausleuchten. Der Hinweis auf die Kremser Erklärung der deutschen und österreichischen Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten hätte ein Ansatzpunkt sein können.

Allerdings plädiere ich aufgrund der gerade vorgenommenen Analyse weniger für einen Wechsel des Betriebssystems in Richtung Demokratie 2.0 als für die Beseitigung der Defizite im Verfassungsverständnis und für die Weiterentwicklung eines vorhandenen parlamentarischen Systems.

Zum einen bedarf es einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments unter Einbeziehung der Einrichtungen der politischen Bildung und der Medien, um das Verständnis für die Funktionslogik des Parlamentarismus zu fördern.

Bei der Präsentation des Parlaments und der Parlamentsarbeit steht meines Erachtens immer noch zu sehr das Plenum im Vordergrund. Die Öffentlichkeitsfunktion des Landtages lässt sich jedoch nicht auf Plenardebatten verkürzen. Die vorangehenden Entscheidungsprozesse in Ausschüssen, Fraktionen und Arbeitskreisen, aber auch in informellen Gruppen müssen dargelegt werden.

Zum anderen muss die institutionelle Parlamentsreform weitergeführt werden. Sie muss innerhalb des Systems erfolgen, und zwar mit dem Ziel einer Stärkung des Parlamentarismus und nicht einer Schwächung. Hier hoffe ich – auch als Vorsitzender der Verfassungskommission –, dass wir hierzu bald entsprechende Vorschläge unterbreiten können.

Eine Pauschalkritik am Parlamentarismus oder sogar eine Diffamierung als krankes System weist die SPD entschieden zurück.

(Beifall von der SPD)

Der Überweisung des Antrags in den Hauptausschuss stimmen wir zu und freuen uns dort auf die Fortsetzung der Debatte auf gewohnt hohem Niveau. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bovermann. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hendriks.

Heiko Hendriks (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Prof. Bovermann, was Sie gesagt haben, hat mir in weiten Teilen gut gefallen. Insbesondere aus politikwissenschaftlicher Sicht haben Sie sehr viel Richtiges gesagt.

Ich möchte mich dem Thema jedoch etwas anders nähern, meine Damen und Herren. Ich gebe zu, dass ich, als ich lediglich die Überschrift dieses Antrags – „Das nordrhein-westfälische Parlament braucht eine fortschrittliche Debattenkultur, die den Erwartungen der Gesellschaft folgt“ –, aber noch nicht den Text des Antrags gelesen hatte, gedacht habe, es gehe heute um etwas ganz anderes. Ich habe gedacht, es handele sich vielleicht um den Appell der Piratenfraktion als gute Vorbilder für uns als Abgeordnete, einmal öfter den Mut aufzubringen, hier vorne an das Redepult zu treten und eine freie Rede oder zumindest eine teilfreie Rede mithilfe von Stichwortzetteln zu halten oder für den Fall, dass eine Manuskriptrede nicht vermeidbar ist – und das ist ab und zu völlig verständlich –, diese nicht nur abzulesen, sondern sie vorzutragen.

Aber siehe da: Als ich den Antragstext dann gelesen habe, habe ich erkannt, dass es gar nicht darum geht. Ich hätte es im Rahmen des Antrags zur Debattenkultur für einen schönen Beitrag gehalten, in dieser Hinsicht, in rhetorischer Hinsicht, einmal darüber nachzudenken.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Den können Sie ja stellen!)

Dann habe ich Ihren Antrag einmal, zweimal, dreimal gelesen. Warum so oft?

(Werner Jostmeier [CDU]: Weil er zu kompliziert ist!)

– Weil er zu kompliziert ist. Er ist sehr kompliziert, gewissermaßen auch ein Stück weit faszinierend, weil es Ihnen – ich sage das einmal mit einem Augenzwinkern – wirklich gelungen ist, viele verschiedene Textbausteine aus der Politikwissenschaft, den Sozialwissenschaften, den Staatswissenschaften und teilweise auch aus den Pseudowissenschaften in einen Gesamttext zusammenzufügen, den man wirklich drei- oder viermal lesen muss, um zu wissen, welche Schlüsse Sie daraus überhaupt ziehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie Folgendes fragen – daran erkennen Sie, dass ich mich sehr kritisch damit auseinandersetze –: Sie reden sehr viel über Offenheit und Transparenz. Dazu gehört für mich im Rahmen einer Debattenkultur aber auch, dass man versucht, die Adressaten, und zwar nicht nur diejenigen hier im Haus, sondern gerade auch die Zuschauerinnen und Zuschauer hier und zu

Hause, zu erreichen. Erreicht man die Zuschauerinnen und Zuschauer mit dem Text, den Sie vorgelegt haben, aber wirklich? Oder ist er nicht vielleicht doch viel zu kompliziert?

(Beifall von der CDU – Dirk Schatz [PIRATEN]: Alle drei von der CDU klatschen!)

Das heißt: Dem Anspruch, den Sie erheben, wird meines Erachtens zumindest Ihr Antrag nicht gerecht.

Dann frage ich mich natürlich – wie viele andere auch –: Wie kommt der eine oder andere Unterton dort hinein?

(Kai Schmalenbach [PIRATEN]: Das ist die Wahrnehmung!)

Jetzt kann man salopp sagen: Sie sind ein bisschen sauer, weil hier einiges nicht so läuft, wie Sie sich das vorstellen. Okay; Schwamm drüber! Das kann ich nachvollziehen.

Aber ich glaube, dass das Problem ein Stück tiefer sitzt. Ich drücke das etwas anders aus, als Herr Prof. Bovermann das gerade getan hat. Meine Damen und Herren, ich komme in der Befassung mit Ihrem Text und auch mit Ihrer Einbringungsrede gerade, Herr Bayer, zu dem Schluss, dass Sie in unserem parlamentarisch-repräsentativen System immer noch nicht angekommen sind.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Marsching?

Heiko Hendriks (CDU): Im Anschluss gerne, Herr Präsident.

Vizepräsident Oliver Keymis: Im Anschluss. Okay.

Heiko Hendriks (CDU): Ich würde nur gerne erst meine Gedanken zu Ende führen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte.

Heiko Hendriks (CDU): Ich komme also zu dem Ergebnis, dass Sie weitgehend noch gar nicht angekommen sind. Vielleicht wollen Sie auch nicht ankommen, weil Sie Grundüberlegungen nicht teilen – zum Beispiel Grundüberlegungen, wie parlamentarische Demokratie funktioniert.

Parlamentarische Demokratie baut auf einer Parteiendemokratie auf. Parteien gibt es deswegen, weil sie in der Lage sind, gemäß einer gemeinsamen Grundüberzeugung Meinungen zu bündeln. Die Fraktionen als parlamentarischer Arm der Parteien

bündeln dann diese Meinungen im Parlament. Im Folgenden werden irgendwann Mehrheitsentscheidungen herbeigeführt, damit überhaupt Entscheidungen getroffen werden können. Deswegen ist ein Verweis auf Fraktionszwang und andere ähnliche Aspekte bei dem Hauptthema, das Sie meines Erachtens ansprechen, nämlich die Verbesserung bzw. ein Update der Debattenkultur, wie Sie es bezeichnen, völlig fehl am Platze.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns einfach vergegenwärtigen – diese Grundfrage schwingt bei Ihren Ausführungen mit –, ob wir mit unseren Debatten im Plenum wirklich nicht das Volk erreichen.

Heute Morgen hatte ich – das trifft sich an einem solchen Tag ganz gut – eine Besuchergruppe, die aus vielen Ehrenamtlichen aus meinem Wahlkreis Mülheim an der Ruhr bestand. Es handelte sich also nicht um politisch Aktive, sondern um normal Interessierte. Sie haben heute Morgen Gott sei Dank von 10 bis 11 Uhr hier oben auf der Tribüne gesessen und gut zugehört.

Ich muss sagen, dass es den fünf Rednern von allen Fraktionen, die sie bei der Debatte heute Morgen gehört haben, gelungen ist, einen durchaus komplexen Sachverhalt auch rhetorisch im Rahmen einer guten Debattenkultur so zu präsentieren, dass die Zuhörer etwas mitgenommen haben, mit mehr Wissen das Plenum verlassen haben und sich jetzt leichter eine Meinung bilden können. So schlecht, wie es Ihr Antrag teilweise suggeriert, scheinen wir hier im Plenum also, ehrlich gesagt, nicht zu sein.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, mir fehlt auch die Differenzierung. Aber vielleicht kriegen wir das im Rahmen der Debatte hin, die wir noch im Hauptausschuss führen werden. Diese Debatte führe ich auch gerne.

Wir müssen nämlich zwischen den Diskussionen und Debatten in den Ausschüssen und denen hier im Plenum unterscheiden. Wir müssen auch unterscheiden, ob es um die erste oder die zweite Lesung geht.

Natürlich ist es bei der zweiten Lesung zwangsläufig so, dass die Meinungen in den Fraktionen bereits gebildet sind. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen in den Fraktionen ist. Aber bei uns in der CDU-Fraktion ist es so, dass wir nichtöffentlich sehr intensiv diskutieren und irgendwann abstimmen. Diese Mehrheitsmeinung wird dann nach außen vertreten.

Das wird bei der zweiten Lesung bei allen Fraktionen hier der Fall sein. Das ist dann das Ergebnis eines längeren Prozesses. Die eigentlichen Diskussionen – das räume ich als Oppositionsvertreter ein – könnten meines Erachtens punktuell auch ein Stückchen kontroverser sein. Hier und da würde ich mich gerade bei bestimmten Anträgen auch freuen, wenn

die regierungstragenden Fraktionen ein wenig offener für das wären, was wir als Opposition einbringen – egal, aus welcher Oppositionspartei.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig! Da gäbe es genug Beispiele!)

Aber das heißt nicht, dass unsere Debattenkultur am Ende ist und von Grund auf überarbeitet werden muss. Vielmehr geht es hier um Nuancen.

Jetzt finde ich es ein wenig ungerecht, dass Sie einfach nur am Rande bemerken, dass wir eine Verfassungskommission haben, dass wir Arbeitskreise haben und dass sich viele damit beschäftigt haben, wie wir zum Beispiel unsere Plenardebatten lebendiger gestalten können. Ein Stichwort lautet „Kurzintervention“; ich war noch gar nicht Mitglied des Landtags, als sie eingeführt worden ist. Das ist ein gutes Mittel. Das wird auch von allen genutzt. Das ist ein Stück Fortschritt.

Jetzt sagen Sie, das sei noch nicht genug; wir müssten das eine oder andere zusätzlich ändern. Das kann man machen. Darüber kann man reden.

Aber eines dürfen Sie nicht machen – damit möchte ich für heute auch schließen; das hat mich auch ein Stück geärgert –: Sie dürfen nicht versuchen, uns als Vertretern der anderen Fraktionen mit Ihrem Text zu suggerieren, erst mit Ihrem Einzug ins Parlament sei es gelungen, Veränderungen positiver Art in der Debattenkultur zu erzeugen. Wenn Sie das glauben, meine Damen und Herren, dann glauben Sie wahrscheinlich auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten. Ich verrate Ihnen: Beides stimmt nicht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt liegt eigentlich noch der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Marsching vor. Oder sollen wir gleich mit der Kurzintervention fortfahren? – Sie möchten noch die Frage stellen, Herr Marsching. So verfahren wir heute, weil es um das Parlament selbst geht. Das finde ich sehr gut. Bitte schön, Herr Marsching.

Danach folgt dann eine Kurzintervention von Herrn Bayer, die auf Ihre Rede angemeldet wurde.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Hendriks, dass Sie die Frage noch zulassen. – Ich komme darauf zurück, dass Sie vorhin gesagt haben, der Antrag sei zu kompliziert; man könne ihn nicht lesen. Ein wenig später haben Sie gesagt, die Besuchergruppen würden durchaus verstehen, was hier passiert.

Ich möchte gar nicht darauf eingehen, dass die dritte Dame von links in der zweiten Reihe bei der Debatte heute Morgen eingeschlafen ist.

(Zuruf von der CDU: Vielleicht lag es auch an der Debatte!)

Aber sind Sie bereit, anzuerkennen, dass ein Antrag für die Abgeordneten geschrieben ist und dass es dementsprechend doch sein könnte – schließlich ist doch verboten, dass ich das, was ich da schreibe, in einer Rede erkläre –, dass es immer darauf hinausläuft, dass die Fraktionen in der Öffentlichkeitsarbeit der Öffentlichkeit erklären müssen, was sie eigentlich wollen? Denn in solchen Anträgen geht es nicht, und in den Reden geht es aufgrund der Debattenkultur augenscheinlich auch nicht.

Heiko Hendriks (CDU): Herr Marsching, ich bin da anderer Meinung. Ich will das auch kurz begründen. Ich bin nicht der Meinung, dass die Anträge, die wir hier einbringen, nur für uns als Parlamentarier gedacht sind. Ich finde, sie müssen lesbar sein.

Ich habe an der Hochschule gelernt, dass man auch eine Doktorarbeit in weiten Teilen verstehen können muss, selbst wenn es nicht die eigene Fachrichtung ist. Wenn man sie trotzdem versteht, ist es eine gute Doktorarbeit.

Ich finde Ihre Formulierung in diesem Antrag – das ist nur ein Beispiel; aber zu dem Thema passt es – so kompliziert, dass auch ich als Parlamentarier, der sogar diese Fächer studiert hat und auch abgeschlossen hat, diesen Text mehrfach lesen musste, um alle Facetten, die Sie ansprechen, erkennen zu können. Ich finde es in Sachen Offenheit schwierig. Wenn wir erst im Nachgang Öffentlichkeitsarbeit machen müssten, Herr Marsching – ich hoffe, Sie hören mir noch zu –,

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ja, ich höre Ihnen zu!)

um zu erklären, was mit dem Antrag gemeint war, dann wäre das Ziel verfehlt. Deswegen würde ich mir etwas anderes wünschen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Hendriks. – Jetzt folgt eine Kurzintervention des Kollegen Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Das Instrument der Kurzintervention ist tatsächlich eine tolle Sache. Es ist trotzdem hilfreich, Debatten auch hier zu führen. Das merkt man auch an den letzten beiden Redebeiträgen, die mehr gebracht haben – zumindest für mich – als die Diskussion vorher im kleineren Kreis. Das gilt auch für Ihren

Vorschlag, einen Teil der eigenen Rede hier frei zu halten.

Ich hatte heute Morgen auch eine Besuchergruppe zu Gast. Mir fällt auf, dass Besuchergruppen in letzter Zeit immer mehr die Frage stellen: Was passiert eigentlich, wenn die AfD hier hineinkommt? – Das ist eine Frage, die wir bisher nicht offen diskutieren. Ich habe persönlich große Bedenken, dass da Einschränkungen der demokratischen Prozesse geprobt werden.

Ich denke, dass auch die Geschehnisse rund um die Vizepräsidentschaft der Piraten damit zu tun haben, dass man in Zukunft anderen Leuten eine Vizepräsidentschaft nicht zugestehen möchte.

(Thomas Nückel [FDP]: Aha!)

Ich stelle schon Unterschiede zwischen heute und der Zeit vor drei Jahren fest.

Ich glaube, dass das der falsche Weg ist und dass uns mehr Offenheit und mehr Hinwirken auf noch demokratische Prozesse weiter bringen als das Aufbauen von Hürden. Ich halte Hürden an dieser Stelle für sehr gefährlich.

(Thomas Nückel [FDP]: Jetzt haben Sie Ihren ganzen Antrag entwertet!)

Heiko Hendriks (CDU): Herr Bayer, ich habe Sie wieder einmal nicht gut verstanden. Ich will Ihnen nichts Böses. Aber Sie müssen ins Mikrofon sprechen. Sie müssen sich so ausdrücken, dass man dem folgen kann. Auch das gehört zu einer guten Debattenkultur dazu.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Man muss dabei aber nicht arrogant sein!)

Aber ich habe mitgenommen, dass Sie noch weitere Facetten angesprochen haben, über die wir dann bitte auch im Hauptausschuss diskutieren. Da gehört die Debatte meines Erachtens auch hin. Aber wir müssen uns alle bemühen, zu versuchen, auch was die Verständlichkeit und die Wortwahl angeht, die Adressaten in Gänze zu erreichen. Da hakt es hier und da sicherlich auch bei mir.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Wer sind die Adressaten?)

Aber das gehört gerade bei einem Beitrag zum Thema „Debattenkultur“ dazu.

Ich habe rein akustisch kaum etwas verstanden. Daher kann ich auf den Rest momentan nicht eingehen.

Lassen Sie uns bitte intensiv darüber diskutieren. Das Thema lohnt sich; das ist richtig. Ich würde es anders angehen, als Sie es begonnen haben. Aber das heißt ja nicht, dass man nicht darüber reden kann. Wenn das Ihr Grundziel war, dann haben Sie

es erreicht, weil wir das entsprechend machen werden.

Der Überweisung an den Hauptausschuss stimmen wir gerne zu.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Hendriks. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Antrag zeigt, dass die Piratenfraktion zwar 2012 in dieses Parlament gewählt wurde, aber den parlamentarischen Kompass ganz offensichtlich nicht richtig eingestellt hat.

Ihr Antrag zeigt, dass Sie die Anmerkungen des seinerzeit sitzungsleitenden Präsidenten im Kern, glaube ich, nicht verstanden haben.

Ich meine auch, dass die Autorinnen und Autoren Ihres Antrags das Gutachten nicht sinnhaft nachvollzogen haben, welches die Anmerkungen des Vizepräsidenten Keymis vom 4. Dezember 2015 vollinhaltlich bestätigt hat. Ich zitiere von Seite 21 des Gutachtens:

„Insgesamt spricht einiges dafür, dass sich die Nicht-Ansprache der Zuhörerschaft zu einem parlamentarischen Brauch oder gar Gewohnheitsrecht verfestigt hat: Einmal als Anstandsnorm des parlamentarischen Miteinanders; über den Gehalt einer Höflichkeitsnorm hinaus aber auch zum Schutz der Würde des Parlaments als zentraler Institution des Parlamentarismus.“

Das, meine Damen und Herren, liebe Piratenfraktion, zielt auf den Kern der Bemerkung, die Vizepräsident Keymis am 4. Dezember 2015 machte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn ...

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Nein, ich möchte einmal im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine. Okay. Bitte schön.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Ich möchte seine Passage von damals noch einmal zitieren. Er sagte:

„Wir sprechen hier in diesem Parlament nicht mit den Zuschauern. Das ist im Parlamentarismus ganz klar so geregelt. Das hat damit zu tun, dass wir aus Weimar gelernt haben. Ich will es einmal ganz deutlich sagen: Es ist nett, wenn Sie die

Leute begrüßen, obwohl es falsch ist; es entspricht nicht dem parlamentarischen Brauch.“

(Beifall von Eckhard Uhlenberg [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ist es und nicht anders.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Unsere Parlamente arbeiten dem Prinzip nach als sogenannte Kollegialorgane. Kollegialorgane sind Organe, die mit einer Mehrheit grundsätzlich gleichberechtigter Organwalter, also Parlamentarierinnen und Parlamentarier, besetzt sind. Wir alle als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter nehmen gemeinsam die dem Kollegialorgan zugeordneten Aufgaben und Zuständigkeiten wahr. Unsere Willensbildung erfolgt nach dem in unserer Geschäftsordnung festgelegten inneren Organisationsrecht, wo vieles detailgenau im Miteinander geregelt ist und schließlich die Mehrheitsentscheidung für die Beschlussfassung ausschlaggebend ist.

Das ist der tiefere Sinn unseres freiheitlich-demokratischen Systems, solange es als parlamentarische repräsentative Demokratie verfasst ist.

Der Gutachter schreibt auf Seite 7 – ich zitiere –:

„Rechtstheoretisch gründet die Parlamentsöffentlichkeit dann auch auf dem Repräsentationsprinzip.“

Weiter heißt es:

„Im Regelfall dient die Debatte weniger der Herbeiführung einer Entscheidung, sondern vielmehr dazu, die Gründe der Zustimmenden wie Ablehnenden transparent zu machen. Das Plenum bietet das Forum, um die Gründe für die jeweilige Entscheidung öffentlichkeitswirksam klar- und darzustellen.“

Die Öffentlichkeit ist also Adressatin der öffentlichen Parlamentsdebatte, aber nicht Teilnehmerin der Debatte.

„Ohne Öffentlichkeit keine Repräsentation, ohne Repräsentation keine Legitimation.“

So lautet nach dem vorliegenden Gutachten das unverzichtbare Prinzip des deutschen Parlamentarismus.

Ausdrücklich „bestimmt die Hausordnung des Landtags NRW“ für die Besucherinnen und Besucher von Plenardebatten

„ein Verbot für Bekundungen des Beifalls, des Missfallens und sonstige laute Äußerungen. Sie sind auf die Rolle eines passiven Zuhörers beschränkt.“

Auch wenn dies in der Paulskirche 1848 noch nicht galt, so kann, wie der Gutachter auf Seite 9 schreibt – ich zitiere –,

„doch davon ausgegangen werden, dass sich bereits unmittelbar nach der Paulskirche das Ruhegebot für die Tribünen als Grundsatz parlamentarischer Ordnung entwickelte bzw. verfestigte.“

So wurde es also bereits am 28. März 1849 für die Zweite Kammer des Preußischen Landtags festgelegt und auch danach immer wieder übernommen, ob in Weimar oder im bayerischen Landtag, im Bundestag oder bei uns im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Für die Abgeordneten gilt die – so schreibt der Gutachter auf Seite 13; ich zitiere –

„parlamentarische Ordnung“, ein Sammelbegriff für alle einschlägigen Regeln, insbesondere auch ungeschriebenes Gewohnheitsrecht und Parlamentsbräuche. ... Prägend für die heute geltenden Regeln waren dabei auch die Erfahrungen mit den Feinden der Demokratie in den Parlamenten der Weimarer Republik.“

Genau hierauf bezog sich seinerzeit die Anmerkung des Vizepräsidenten Keymis. So nett die Begrüßungen gemeint sind: Sie widersprechen dem parlamentarischen Brauch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nicht die Mitbegrüßung der Tribüne mindert die von Ihnen angeführte Politikverdrossenheit, sondern die Inhalte und die Glaubwürdigkeit der vorgetragenen Positionen werden von den Gästen auf der Tribüne bewertet.

Liebe Piraten, unterstellen Sie den Menschen wirklich, dass sie sich mehr von der Begrüßung angesprochen fühlen als von der Sinnhaftigkeit unserer politischen Aussagen? Sie müssen den Menschen hier von diesem Pult aus nicht erklären, was wir hier verhandeln – genau diesen Versuch machte der Kollege Bayer am 4. Dezember 2015 –, sondern Sie sollen hier darlegen, warum Sie diese oder jene politische Maßnahme für richtig oder falsch halten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen, die uns zuhören, können das einordnen.

Meine Damen und Herren, wir verhandeln hier stellvertretend für die Menschen, die uns dieses Mandat dafür erteilt haben. Wir beraten uns mit den Menschen in den Versammlungen und Veranstaltungen überall im Land, an denen wir teilnehmen. Wir telefonieren mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Wir tauschen uns über alle Foren und Formen des Internets mit ihnen aus. Wir schreiben uns, und wir sprechen abends in der Kneipe mit anderen Menschen.

Hier aber ist der Ort der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie. Hier beraten wir uns als politische Kolleginnen und Kollegen, als Mandatsträgerinnen

und Mandatsträger über die beste politische Lösung. Aber ganz bewusst lassen wir unsere Auftraggeber außen vor. Das ist repräsentativ-parlamentarische Demokratie, das sichert Einigkeit, Recht und Freiheit.

Eindrucksvoll zeigt uns das Gutachten mit den dort aufgeführten Bezügen zur historischen Entwicklung, wohin es führt, wenn wir diese gut eingeführten parlamentarischen Bräuche infrage stellen. Das Stichwort lautet: Weimar.

Nicht Sie als Piratenfraktion stellen mit solchen Auflösungsstendenzen des geübten Brauches eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Aber nach Ihnen kommen vielleicht andere Parteien auch in dieses Parlament und berufen sich dann auf die von Ihnen schleichend benutzten und geduldeten neuen direkten Kommunikationsformen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Genau davor haben Sie Angst!)

Die neuen anderen Parteien reden dann zum Beispiel über die versammelten Abgeordneten hinweg mal eben die, ich zitiere „Bürger des Landes“ jeweils zu ihrem Redebeginn an, so wie es NPD-Abgeordnete im Schweriner Landtag tun.

Der Unterschied zwischen dem freundlich gemeinten Begrüßen und dem politische Missachtung des Parlamentarismus ausdrückenden Begrüßens des Volkes an sich verschwindet so schnell wie manche Fraktion, die einst in ein Parlament gewählt wurde.

Deswegen sagen wir Ihnen an dieser Stelle, wie es auch Vizepräsident Keymis am 4. Dezember 2015 getan hat: Wehret den Anfängen!

Wir stimmen der Überweisung des Antrages in den Hauptausschuss zu. Den Inhalt dieses Antrages aber lehnen wir ab; denn das nordrhein-westfälische Parlament braucht vor allem stand- und meinungsfeste Politikerinnen und Politiker, die sich nicht Moden oder Mätzchen anpassen, sondern die sich der Freiheit und der parlamentarischen Demokratie nicht nur verpflichtet fühlen, sondern sie mit den Menschen in unserem Land gemeinsam leben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engstfeld. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von Herrn Kollegen Bayer. Herr Bayer, 1:30 Minuten für Sie.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Gerade Ihr letzter Satz „Wehret den Anfängen!“ ist genau das, was man meiner Meinung nach nicht aus dem Gutachten ziehen soll, und was an der Stelle auch gefährlich ist, weil man daraus komplett

falsche Schlüsse zieht. Sie haben auch teilweise verdreht dargestellt, was im Gutachten steht. Wichtig ist vor allem die Intention, und es ist nicht mit Weimar zu vergleichen, wenn man hier Zuschauer anspricht, Dinge erklärt oder Dinge nach außen bringt und Öffentlichkeit hat.

Es gibt sehr strukturelle Unterschiede, die auch nicht automatisch nach Weimar führen. Den Schluss des Gutachtens haben Sie zitiert, praktisch das, was am Ende herauskommt. Da macht das Gutachten zwar keinen Fehler, aber das Gutachten beschränkt sich nur auf absolute Zahlen und sagt: Okay, wenn 20 % der Abgeordneten es machen und 80 % nicht, dann ist wohl die Situation so, dass es üblich ist, es nicht zu machen, also Fazit ...

Man müsste sich, um es genau zu beurteilen, aber ansehen, wie der Trend ist. Ändert sich etwas? Wieso ändert sich etwas usw.? Wie ist es in den einzelnen Parlamenten? – Da reicht die allein Datenlage des Gutachtens nicht aus. Ich interpretiere das anders. Ich nehme die Aussagen, die vorher im Gutachten gemacht wurden, und sage: Wenn der Trend aber dahin geht, dass es zunimmt, dann spricht das Gutachten im Grunde für meine Argumentation.

Man könnte ein Folgegutachten machen.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Bayer, für diese Kurzintervention, die jetzt auch akustisch deutlich besser zu verstehen war als der erste Anlauf. Ich möchte mich gegen den Anfang Ihrer Ausführungen verwehren. Ich habe nicht die Aussagen aus dem Gutachten verdreht, so wie es gerade behauptet wurde; das sehe ich nicht so.

(Beifall von den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Natürlich kann man wahrscheinlich das eine oder andere anders herauslesen. Aber diese Unterstellung möchte ich doch zurückweisen. Ich habe Ihrer Rede zugehört, Sie haben meiner zugehört. Wir haben da unterschiedliche Schlüsse und Argumentationswege. Ich habe die Gefahren, die wir sehen, dargestellt, und dabei bleibe ich auch. – Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engstfeld. – Die nächste Rednerin ist für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was unter einer fortschrittlichen Debattenkultur zu verstehen ist, mag aus der Sicht des einen fortschrittlich sein, aus der Sicht des anderen nahezu strukturkonservativ. Begriffe wie

„fortschrittlich“ und „modern“ sagen also für sich genommen erst einmal noch nichts aus, sie sind inhaltsleer. Sie werden vielmehr erst durch die Rahmenbedingungen ausgefüllt, unter denen sie verwendet werden, und werden von dem gesamtgesellschaftlichen Konsens geprägt, insbesondere in der Gestalt, die dieser durch die Rechts- und Verfassungsordnung erfährt.

Das Recht ist nicht starr, wie wir alle wissen, sondern entwicklungsfähig und vermag auch gesellschaftliche Veränderungen abzubilden. Es hat allerdings in der Gestalt sowohl des Grundgesetzes als auch der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen bestimmte Grundentscheidungen getroffen, die gerade eben auch für die Staatsorganisation und damit auch für den Parlamentarismus von hoher Bedeutung sind.

Sowohl das Grundgesetz als auch die Landesverfassung haben sich für eine parlamentarisch verankerte Regierung entschieden. Diese Regierung steht dem Parlament als Institution nicht antagonistisch gegenüber, wie das zum Beispiel im politischen System der Vereinigten Staaten von Amerika der Fall sein dürfte. Denn dort befinden sich auf der einen Seite der unmittelbar vom Volk gewählte Präsident und die ihm zuzurechnende Exekutive und das Parlament mit seinen beiden Kammern auf der anderen Seite.

In einem derartigen System, in dem der Präsident sogar das Inkrafttreten von Parlamentsgesetzen mittels Veto aus eigener Machtvollkommenheit verhindern kann, kommt auch der Debattenkultur in einem Parlament eine ganz andere Bedeutung zu, als es eben im Modell der parlamentarisch verankerten Regierung der Fall ist.

Bei aller Liebe zu den USA, die ich durchaus habe, finde ich, dass sich unser parlamentarisches System an der Stelle auch für unser Land bewährt hat.

Im System der parlamentarisch verankerten Regierung wählt nämlich das Parlament – in Nordrhein-Westfalen geschieht dies auf der Grundlage von Art. 52 Abs. 1 unserer Landesverfassung – die Ministerpräsidentin bzw. den Ministerpräsidenten.

Hier in NRW, anders zum Beispiel als im Deutschen Bundestag, muss der oder die Gewählte sogar selbst Mitglied des Parlamentes sein, in gewisser Weise auch eine in Kauf genommene Durchbrechung der strikten Gewaltenteilung. Für die parlamentarische Arbeit und die parlamentarischen Strukturen sind die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Parlamentes von hoher Bedeutung. Nur der- oder diejenige, dem die Parlamentsmehrheit vertraut, kann das Amt des Regierungschefs innehaben.

Die Verfassung überantwortet dem Parlament im Sinne des Gewaltenteilungsgrundsatzes die Kontrolle der Regierung, funktionell damit auch den Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen,

entscheidend aber den Abgeordneten der Opposition, und gibt ihnen auch Minderheitenrechte, um diese Kontrolle auch ausüben zu können. Die Trennlinien verlaufen bei Statusgleichheit im Mandat zwischen der Regierung und der oder den sie tragenden Fraktionen auf der einen und den Oppositionsfraktionen auf der anderen Seite.

Besonders anschaulich hat diese Struktur das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung aus dem Jahr 2005 zur vorzeitigen Auflösung des 15. Deutschen Bundestages aufgezeigt. Ich darf daraus zitieren:

„In diesem Verhältnis zwischen der Regierung und einer ihr personell und sachlich verbundenen Parlamentsmehrheit einerseits und der in Opposition zur Regierung stehenden parlamentarischen Minderheit andererseits entfaltet sich der parlamentarische Willensbildungsprozess. Dieser Prozess wird durch Fraktionen im Bundestag maßgeblich geformt und gestaltet.“

Und etwas weiter:

„Der Bundeskanzler ist aber regelmäßig in besonderem Maße auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem oder den Fraktionsvorsitzenden der ihn tragenden Mehrheit im Parlament angewiesen. Die Führung der Fraktion wird darauf hinwirken, dass aus der Freiheit des Mandats ein wirksamer und einheitlicher Wille erwächst, der im Fall der die Regierung unterstützenden Fraktionen mit der Konzeption der Bundesregierung vereinbar ist.“

Und dann, ganz entscheidend:

„Grundsätzlich bedürfen der Bundeskanzler und seine Regierung einer verlässlichen parlamentarischen Mehrheit. Verlässlich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Kanzler für das von ihm vertretene politische Konzept eine prinzipielle und ausreichende parlamentarische Unterstützung erwarten darf.“

– So das Bundesverfassungsgericht. Eine derartige verfassungsrechtliche Konzeption verlangt, dass eine Politik, deren Richtlinien nach dem Grundgesetz der Bundeskanzler und nach der Landesverfassung der Ministerpräsident bestimmt, im Parlament in erster Linie erklärt, öffentlich debattiert und auch kontrovers erörtert wird. Die von der parlamentarisch verankerten Regierung gewählten politischen Ansätze und Ziele müssen der öffentlichen Debatte standhalten, sich der Kritik der Opposition stellen und sich vielleicht auch entgegenhalten lassen, nicht immer die optimale oder sachgerechte Lösung darzustellen. Dies aufzuzeigen, ist das parlamentarische Recht und die parlamentarische Aufgabe der Oppositionsfraktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, vor dem Genannten erscheint es als eine

Unverfrorenheit, die Debatten in diesem Haus als Showdebatten zu verunglimpfen, deren Ausgang von elitären Zirkeln in Partei- und Fraktionsspitzen prädestiniert sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer entrollt denn Transparente und trägt sie als T-Shirts? Ist das nicht viel eher ein Beitrag zu einer Showdebatte?

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Insofern erlaube ich mir den Hinweis, dass ich es nicht für sinnvoll und für zielführend erachte, wenn parteiliche Herausforderungen hier auf den Parlamentarismus im Ganzen übertragen werden.

Sie haben selbst Ansätze benannt, die der aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung auch entsprechen, die Umsetzung der Kremser Erklärung, die Liveübertragung von Sitzungen im Internet, die Verwendung persönlicher Begrüßungsformeln und zum Beispiel auch das gerade wiederholt genutzte Instrument der Kurzintervention. Das sind alles Veränderungen, in Ihrem Sprachgebrauch Modernisierungen, die hier im nordrhein-westfälischen Parlamentarismus auch gezeigt haben, dass er eben nicht starr und unveränderlich ist, informelle Regeln enthält. Er hat aber das zu respektieren, was die Verfassung vorgibt.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie mit dem Antrag hier versuchen, ein Bild zu vermitteln – das passiert –, mit dem Sie die repräsentative Demokratie als antiquiert oder überholt darstellen, dann, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten, widerspreche ich Ihnen ganz ausdrücklich.

(Beifall von der FDP und der SPD – Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist Ihr gutes Recht!)

Mit der Skizzierung eines solchen nicht zutreffenden Bildes spielen Sie – ich unterstelle Ihnen gar nicht, dass Sie das wollen – letztlich jenen Kräften in die Hände, die den Parlamentarismus, der sich als die stabilste Form in unserer Geschichte erwiesen hat, ablehnen.

Wir werden der Überweisung des Antrags zustimmen. Ich teile aber ausdrücklich nicht die Feststellungen in Ihrem Antrag und auch nicht die Forderungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der SPD und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Wenn Sie noch einmal zum Pult zurückkämen, wäre das freundlich. Herr Dr. Paul hat eine Kurzintervention angemeldet. Wir wollen natürlich auch die dritte Kurzintervention heute hier nutzen. – Herr Dr. Paul, bitte.

(Zurufe von den PIRATEN)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Freimuth, ich möchte Sie um eine Erklärung bitten. Sie haben am 31. Januar 2009 die Debatte um die WestLB hier im Plenum eine traurige Showdebatte genannt, und gerade eben kritisieren Sie, dass wir diesen Begriff im Antrag verwendet haben. Können Sie mir sagen, wie das für Sie zusammenpasst?

(Beifall von den PIRATEN)

Angela Freimuth (FDP): Lieber Herr Kollege Paul, es ist eine Auseinandersetzung hier innerhalb des Parlamentes gewesen. Insofern habe ich an der Stelle auch die Debatte innerhalb des Parlamentes, das, was einzelne Kollegen auch gemacht haben, mit dieser Beschreibung gemeint.

Ich will Ihnen aber durchaus noch eines mit auf den Weg geben, weil mir das vorhin beim Kollegen Bayer aufgefallen ist. Die Kurzintervention bietet auch die Möglichkeit, zu verschiedenen Dingen eine Aussage zu treffen.

Herr Kollege Bayer, die Mehrheit, auch in einem Parlament, hat nicht immer recht. Die Minderheit hat aber auch nicht automatisch das moralische Recht auf ihrer Seite. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Ich habe noch einen Redner auf der Liste, und das ist der Kollege Marsching von der Fraktion der Piraten, der Fraktionsvorsitzende.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Gibt es zeitig Essen, oder was?)

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich habe so viel mitgeschrieben. Ich weiß gar nicht, ob ich das in 3:50 Minuten hinbekomme.

Demokratie ist die beste aller Regierungsformen – frei nach Churchill –, und zwar so lange, bis wir eine bessere gefunden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Ich möchte auf drei Punkte eingehen, die der Kollege Bayer gerade genannt hat.

(Angela Freimuth [FDP]: Und die, die unterwegs sind!)

– Zu denen, die unterwegs sind, dazu komme ich gleich.

Ja, Herr Kollege Hendriks, frei reden nach Stichwortzetteln. Ich versuche das einmal einigermaßen, auch bei so vielen Notizen.

Punkt eins: Es wurde über die Offenheit geredet. Die Offenheit, die wir uns vorstellen, ist aber auch, so aufzutreten, wie man auf der Straße aufgetreten ist, sich den Menschen so darzustellen, wie man sich draußen auf der Straße darstellt, und das Parlament nicht nur als teuerstes Theater Nordrhein-Westfalens zu verstehen, wo jeder seine Rolle spielt, und dann geht man hinterher raus, und draußen macht man etwas völlig anderes.

(Beifall von Lukas Lamla [PIRATEN])

Offenheit, meine Damen und Herren, ist eben auch die Offenheit gegenüber Mindermeinungen. Das ist auch die Offenheit gegenüber etwas Neuem, gegenüber etwas Ungewohntem, dass man sich Argumente anhört, dass man die nicht weglacht.

Heute Morgen bei der Aktuellen Stunde – ich hatte mich kaum hingesetzt; die Aktuelle Stunde fing an – war es das beste Beispiel. Da waren die Kolleginnen und Kollegen von den rot-grünen Fraktionen so laut, dass man den Redner von der Oppositionsfraktion fast gar nicht verstehen konnte. Und ich sitze drei Meter davon entfernt.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das, meine Damen und Herren, ist Offenheit, und das ist auch Politik der ausgestreckten Hand, die hier immer wieder propagiert wird:

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Eine Politik der ausgestreckten Hand wäre, zuzuhören und gute Ideen, auch der Opposition, einzubauen in die Anträge, sie auch einmal positiv abzustimmen und hier nicht immer die Politik der ausgestreckten Faust zu machen, in die man die Opposition reinlaufen lassen will.

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn man zuhört, wenn man abwägt, dann kommt der Punkt, den der Kollege Hendriks auch gerade angesprochen hat. Dann muss man den Bürgern auch zeigen: Was tun wir hier warum?

Dann komme ich zum Punkt „Transparenz“. Ich gebe Ihnen in einem recht – ich komme beim Punkt „Nachvollziehbarkeit“ gleich noch einmal dazu –: Ja, eine einfachere Sprache hier, das wäre richtig. Zum Thema Transparenz: Ich habe nichts dagegen, wenn etwas im kleinen Kreis vorbereitet wird, zum Beispiel in der Referentenrunde, in Obleuterunden und Ähnlichem. Das Problem ist nur, dass hinterher die Argumente auch offen ausgetauscht werden müssen. Was nicht angeht, ist: Die Fraktionsspitzen treffen sich, kungeln irgendetwas aus, und das ist automatisch das Ergebnis, was hinterher rausgeht. Das wollen wir hier verändern.

(Zuruf von der CDU)

– Nee, wir haben ja auch nicht mitgemacht. War ja auch richtig so.

Zum Thema Streaming könnte ich etwas sagen, was Transparenz angeht. Wir haben hier viele Räume umgebaut. Streaming ist jetzt möglich. Wir könnten fast alle Sitzungen streamen und aufzeichnen. Dann kann man sich das auch, liebe Kollegin Freimuth, abends zu Hause ansehen, wenn man nicht mehr unterwegs ist. Denn dann sind die Aufzeichnungen ja da. Dann wäre es möglich, die Öffentlichkeit auch größer zu machen.

Denn dass „öffentliche Sitzungen“ bei uns im Parlament heißt, die Presse sitzt in der dritten Reihe, das ist uns zu wenig. Wenn ein Besucher von Bielefeld nach Düsseldorf fahren muss, um einer Debatte hier beizuwohnen, die ihn interessiert, dann ist das einfach nicht mehr zeitgemäß.

Ihre Argumente gegen Streaming möchte ich auch noch eben sagen. Die Argumente, die wir immer wieder hören, sind: Man kann da nicht so offen debattieren. Der Umkehrschluss wäre: Wir müssen die Öffentlichkeit hier ausschließen. Dann kann man nämlich die besten Debatten führen.

Das Dritte ist das Thema „Nachvollziehbarkeit“. Die Bürger wollen verstehen, was Politiker machen. „Politiker sind immer abgehoben, das sind die da oben, die machen eh, was sie wollen, und wir bekommen es nicht mehr mit“ – das darf nicht mehr sein. Wir haben ein Wahlsystem, da ist die Hälfte der Abgeordneten hier direkt gewählt, und die Bürger müssen nachvollziehen können: Was haben ihre Abgeordneten denn gemacht, welche Argumente haben sie vertreten, wie haben sie abgestimmt? Die technischen Möglichkeiten dazu gäbe es. Das haben wir hier auch schon einmal diskutiert und vorgeschlagen.

Ich möchte hier aber auch sagen, was das Gegenargument ist: Hier ist es oft so leer, und dann bekommen die Bürger mit, wenn Abgeordnete nicht da waren. – Ja. Auch wenn jemand reinen Gewissens ist, weil er bei einer Abstimmung nicht teilgenommen hat, soll das dokumentiert werden, und das sollen die Bürger bitte wissen.

Vieles haben wir hier schon angestoßen. Ich glaube, die Bürger wollen ein modernes Parlament. Wir sollten uns hier entwickeln, aber bitte in größeren Schritten und nicht so lange tippeln. Wir sollten den Bürgern zeigen, dass hier normale Leute im Parlament sind, Leute wie die da draußen.

Noch einen allerletzten Satz zum Kollegen Bovermann. Wir wollen keinen Wechsel des Systems. Aber: Ein krankes System ist nicht tot, ein krankes System kann geheilt werden. Ich sage: Für dieses System ist ein Update verfügbar. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das war der Fraktionsvorsitzende, Herr Marsching, von der Piratenfraktion. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/11689** an den **Hauptausschuss**, dort dann Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung. Wer stimmt dem so zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Alles nicht der Fall. Einstimmig so überwiesen. Herzlichen Dank.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 11. Mai 2016, 10 Uhr. Ihnen allen einen angenehmen Abend, einen guten Nachhauseweg!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:51 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.